19/1134
E: 27.11.2026

Ministerium des Innern, für Integration und Verkehr Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Matthias Lammert, MdL
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

27. November 2026

Kleine Anfrage der Abgeordneten Carsten Propp und Jürgen Wiedenhöfer (AfD)
betr. „Tödlicher E-Scooter-Unfall in Alzey“
- Drucksache 19/981 -

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

namens der Landesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Nach derzeitigem Stand befuhr ein 53-jähriger PKW-Fahrer am 17. Oktober 2026 gegen 19:38 Uhr aus bislang ungeklärter Ursache die Weinrufstraße auf dem Fahrstreifen des Gegenverkehrs und kollidierte mit dem entgegenkommenden E-Scooter, welcher mit zwei 15-jährigen Jugendlichen besetzt war. Durch den Zusammenstoß wurde der Fahrer des E-Scooters lebensgefährlich verletzt und verstarb am Folgetag in einer Klinik. Der Sozius wurde schwer, der PKW-Fahrer leicht verletzt.

Zur Klärung der Unfallursache hat die Staatsanwaltschaft Mainz die Sicherstellung der unfallbeteiligten Fahrzeuge sowie die Erstellung eines Beweis- und Sicherungsgutachtens durch einen Gutachter angeordnet. Eine belastbare Aussage zu gefahrenen Geschwindigkeiten und zum technischen Zustand des E-Scooters bedarf der gutachterlichen Auswertung.

Zu Frage 2:

Gegenwärtig wurden Ermittlungsverfahren wegen fahrlässiger Körperverletzung und fahrlässiger Tötung gegen den Fahrer des PKW eingeleitet.

Gegen den Halter des E-Scooters wird die Einleitung eines Verfahrens wegen Verstoßes gegen das Pflichtversicherungsgesetz geprüft.

Zu Frage 3:

Bei dem PKW-Fahrer handelt es sich um einen italienischen Staatsangehörigen mit Geburtsort in München. Der E-Scooter-Fahrer ist in Bad Kreuznach geboren, sein Sozius in Mainz. Beide E-Scooter-Fahrer besitzen die Staatsangehörigkeiten „deutsch“ und „türkisch“.

Zu Frage 4:

Beim Eintreffen der aufnehmenden Beamten befanden sich eine Vielzahl von Personen vor Ort. Hierbei handelte es sich sowohl um Passantinnen, Passanten und Schaulustige, als auch um Freundinnen, Freunde und Angehörige der Unfallbeteiligten. Trotz der sehr emotionalen und dynamischen Situation vor Ort konnte der Rettungsdienst die Unfallbeteiligten, nach anfänglicher Behinderung durch die Vielzahl der Menschen vor Ort, versorgen. Die Unfallaufnahme war nach Räumung des Unfallbereiches ebenfalls möglich. Zur Absicherung der medizinischen Versorgung der Unfallbeteiligten sowie zur Gewährleistung einer polizeilichen und in der Folge gutachterlichen Unfallaufnahme wurde die Unfallstelle abgesperrt.

Zu Frage 5:

Aufgrund der im Raum stehenden Behinderungen der Rettungskräfte wurde zur Prüfung einer möglichen strafrechtlichen Relevanz ein Ermittlungsverfahren gemäß § 323c Abs. 2 StGB gegen unbekannte Personen eingeleitet.

Zu Frage 6:

Konkrete Bedrohungshandlungen zum Nachteil des PKW-Fahrers wurden polizeilich nicht bekannt bzw. konnten nicht verifiziert werden.

Folgende Maßnahmen wurden ergriffen:

- Seit dem 19. Oktober 2026 erfolgt ein Monitoring einschlägiger Social-Media-Kanäle zur Bewertung möglicher Auswirkungen des Verkehrsunfalls auf die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Derzeit liegen keine Anhaltspunkte zu aktuellen Hasskommentaren, Hetze oder Aufrufen zur Selbstjustiz vor.
- Veröffentlichung anlassbezogener Pressemeldungen zur Klarstellung von öffentlich dargestellten, falschen Vermutungen zu Ursachen und Hergang.
- In der Folgewoche wurde die Wohn- und Arbeitsanschrift des PKW-Fahrers sowie die Wohnanschrift des verstorbenen Jugendlichen zu unregelmäßigen Zeiten in die Streifentätigkeit eingebunden.

Zu Frage 7:

Die Polizei Rheinland-Pfalz macht mit verschiedenen Präventionsmaßnahmen auf die Gefahren beim E-Scooter-Fahren aufmerksam, um das Gefahren- und Regelbewusstsein insbesondere bei Kindern, Jugendlichen und Eltern zu steigern. Zudem erfolgt im Rahmen des Forums Verkehrssicherheit ein enger Austausch und eine Zusammenarbeit mit Partnern der Verkehrssicherheit.

Aufgrund der landesweiten negativen Unfallentwicklungen im Bereich der Elektrokleinstfahrzeuge befindet sich eine landesweite Präventionskampagne in Prüfung.

Achim Schwickert